



Nr. 27

30. August 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Interview mit Kerstin von der Decken:

[Medizinische Grundversorgung muss in der Fläche gewährleistet sein](#)

dbb frauen

[Investitionsprogramm Ganztagsausbau:
Die Drei-Milliarden-Euro-Chance](#)

dbb jugend zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen

[Fandrejewski: „Wählt demokratisch!“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[dbb Landesbund im Austausch mit der Finanzministerin](#)

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

[Studie zum Bildungssystem: Realität anerkennen, ohne alles
schlechtzureden](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Interview mit Kerstin von der Decken: **Medizinische Grundversorgung muss in der Fläche gewährleistet sein**

Die Präsidentin der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) kritisiert im aktuellen dbb magazin die Bundesregierung für ihre Klinikreform.

Die Reform der Ampel-Koalition verfehle das Ziel einer flächendeckenden Grund- und Notfallversorgung, warnt Kerstin von der Decken, die im Hauptberuf Ministerin für Justiz und Gesundheit in Schleswig-Holstein ist: „Wir setzen uns als Länder genau dafür ein, die Gesundheitsversorgung auch in ländlichen Regionen zu sichern. Es ist ein immer wieder erklärtes Ziel der Bundesregierung, die Grund- und Notfallversorgung flächendeckend – und damit auch im ländlichen Raum – zu sichern. Aber das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der dieses Ziel bislang verfehlt.“

Unter anderem die geplante Reform der Vergütungssystematik der Krankenhäuser bleibe hinter den Erwartungen zurück, so von der Decken: „Erreicht werden sollte damit zum einen, dass gerade kleine Kliniken in der Fläche, die wir für die Notfallversorgung brauchen, wirtschaftlich überleben. Bei ihnen entstehen Kosten einfach, weil sie da sind, um im Notfall helfen zu können – ähnlich wie bei der Feuerwehr. Erreicht werden sollte zum anderen, Fehlansätze für eine möglicherweise unnötige Mengenausweitung der Leistungen zu reduzieren. Das war die gemeinsame Idee der Vorhaltevergütung. Der Bundesgesundheitsminister

nutzt diesen Begriff zwar weiterhin ausdauernd, aber in dem vorgelegten Gesetzesentwurf ist die Vorhaltevergütung doch weiter fallzahlabhängig, wenn auch indirekt.“ Hinzu kämen zu starre Rahmenvorgaben, die von kleinen Kliniken kaum erfüllbar seien. Sollten im weiteren Gesetzgebungsverfahren keine Änderungen mehr erfolgen, „ist die Sicherung kleiner Kliniken und damit auch der Gesundheitsversorgung in der Fläche in der Tat sehr fraglich.“

Die Länder hätten im Bundesrat eine umfangreiche, ausschließlich fachlich begründete Stellungnahme mit Verbesserungen eingebracht – „übrigens völlig unabhängig von jeglichen politischen Farben“, so die GMK-Präsidentin – die es jetzt konstruktiv zu prüfen gelte. „Mir ist dabei wichtig, dass allen Beteiligten bei der häufig irreführenden Qualitätsdebatte klar ist, dass im Notfall Erreichbarkeit ein essenzielles Qualitätsmerkmal darstellt.“

Das komplette Interview sowie weitere aktuelle gesundheitspolitische Themen gibt es im aktuellen [dbb magazin September 2024 auf dbb.de](#).

dbb frauen

Investitionsprogramm Ganztagsausbau: Die Drei-Milliarden-Euro-Chance

Das Familienministerium investiert Milliarden in den Ganztagsausbau. Ein großer Schritt nach vorn, finden die dbb frauen, wenn das Geld auch genutzt wird.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb Bundesvorsitzende, begrüßt den Start am 28. August 2024: „Das Programm hat eine große Bedeutung für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die verbesserte Ganztagsbetreuung bietet insbesondere Müttern mehr Möglichkeiten, ihre beruflichen Ziele zu verfolgen, ohne sich aufgrund fehlender Betreuungsplätze für Teilzeitarbeit entscheiden zu müssen.“

Die dbb Frauen Chefin appelliert an die Politik: „Das ist unsere Chance. Länder und Kommu-

nen müssen sofort handeln und die bereitgestellten Mittel des Bundes abrufen und effizient nutzen.“ Nur so können sie den tatsächlichen Bedarf an Ganztagsbetreuung decken und die bestehende Betreuungslücke schließen. „Drei Milliarden sind zu viel, um sie ungenutzt herumliegen zu lassen. Denn jeder ungenutzte Euro bedeutet, dass Familien und Kinder auf der Strecke bleiben.“ In der Vergangenheit haben etwa Kommunen in Bayern die verfügbaren Fördergelder des Bundes für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zum überwiegenden Teil nicht abgerufen.

„Quantität allein reicht aber nicht. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung muss über bloße Zahlen hinausgehen. Es geht darum, eine Umgebung zu schaffen, in der unsere Kinder nicht nur betreut, sondern gefördert werden“, betont Kreuzt. Qualität sei der Schlüssel, um ihnen die besten Startbedingungen für ihre Zukunft zu geben. „Und Qualität bedingt nun mal adäquate Investitionen in die Personalgewinnung, -haltung und -schulung.“

Denn für die Einrichtungen ist es aktuell eine enorme Herausforderung, ausreichend qualifiziertes Fachpersonal für die Ganztagsbetreuung zu gewinnen. „Attraktive Arbeitsbedingungen im Erziehungsbereich sind unabdingbar“,

macht Kreuzt deutlich. „Hier beißt sich die Katze aber oft in den Schwanz: Wir haben eine unzureichende Betreuungssituation wegen des Fachkräftemangels. Gleichzeitig können viele Menschen im Erziehungsbereich nicht arbeiten, weil es auch ihnen an Betreuungsplätzen fehlt. So verschärft sich der Fachkräftemangel immer weiter.“

Hintergrund:

Mit dem Programm, das das Bundesfamilienministerium im August gestartet hat, stellt der Bund bis Ende 2027 fast drei Milliarden Euro bereit, um die Ganztagsbildung und -betreuung für Grundschulkindern auszubauen.

dbb jugend zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen **Fandrejewski: „Wählt demokratisch!“**

Am 1. September 2024 setzen die Wahlberechtigten in Sachsen und Thüringen ihre Kreuze. Der Vorsitzende der dbb jugend sorgt sich um die Demokratie.

„Es droht ein politisches Erdbeben“, sagte Mathäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 29. August 2024 in Berlin. „Ich gehe davon aus, dass wir mit den ersten Hochrechnungen auf Wahlergebnisse blicken werden, die es so bisher nicht gab. Und ich gehe davon aus, dass äußerst komplizierte Regierungsbildungen bevorstehen.“

Der Vorsitzende der dbb jugend betonte, dass das Beamtenum eng mit den Werten des Grundgesetzes verzahnt ist, mit ihm geht das Bekenntnis zur freiheitlichen-demokratischen

Grundordnung einher. „Mit Blick auf die sogenannte Alternative für Deutschland in Sachsen und Thüringen haben wir es mit Landesverbänden zu tun, die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem einstuft. Als Gewerkschafter, der die Interessen des öffentlichen Dienstes in Deutschland vertritt, und aus tiefster persönlicher Überzeugung rufe ich die Menschen auf: Wählt demokratisch! Mir geht es nicht darum, jemanden zu bevormunden. Aber Extremismus ist der falsche Weg, um die Probleme in unserem Land – die zweifelsohne bestehen – zu lösen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

dbb Landesbund im Austausch mit der Finanzministerin

Der dbb Landeschef Kai Tellkamp hat sich mit der neuen Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Silke Schneider, über die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes ausgetauscht.

Thema waren unter anderem die Konkurrenzsituation bei der Personalgewinnung und -bindung, die hohe Belastung der Beschäftigten, aber auch die aus Sicht des dbb sh bestehenden Zweifel an der Verfassungskonformität der Besoldung. Die neue Ressortchefin hat die In-

formationen und Hinweise mit Interesse entgegengenommen, die Juristin hat nach Einschätzung des dbb sh durchaus Verständnis für die Belange des öffentlichen Dienstes. Es besteht Einvernehmen, dass ein leistungsfähiger Staat dringend erforderlich ist.

Allerdings kann ebenso wenig ignoriert werden, dass die Haushaltslage des Landes ausgesprochen angespannt ist. So stellt sich die Frage, ob das offene Gespräch auf geschlossene Kassen trifft und damit notwendige politische Weichenstellungen ausbleiben. Genau das gilt es abzuwenden. Bei der Besoldungsanpassung und der vorausgegangenen Tarifrunde handelt es sich durchaus um Teilerfolge. Doch das gestrichene Weihnachtsgeld und die einseitige Nachjustierung bei familienbezogenen Besoldungsbestandteilen verhindern eine hinreichende Attraktivität und Gerechtigkeit. Deshalb hat der dbb sh veranlasst, dass das Bundesverfassungsgericht in laufenden Verfahren für Rechtsklarheit sorgt.

Um nachhaltige Lösungen für personal- und finanzpolitische Herausforderungen herbeizuführen, ist nach Überzeugung des dbb sh eine Reduzierung des Aufgabenbestandes und die Weiterentwicklung von Verwaltungsstrukturen erforderlich. „Wir haben leider den Eindruck,

dass sich niemand mit einem übergeordneten Blick um diese Dinge kümmert, und dass Ideen – wenn sie vorhanden sind – meistens versanden“, kritisiert Tellkamp.

Eines von unendlich vielen Beispielen für zweifelhafte Regelungen: Infolge der neuen Cannabisgesetzgebung sieht sich nicht nur die Polizei neuen Herausforderungen ausgesetzt. Allein in Schleswig-Holstein sind 19 (!) weitere Behörden mit Aufgaben und Zuständigkeiten betraut worden. Zudem gibt es einen landeseigenen (!) Bußgeldkatalog mit 42 (!) Tatbeständen.

Die Spitze des Finanzministeriums trägt mit ihren Zuständigkeiten für das finanzielle Dienstrecht und auch für das Tarifrecht eine hohe Verantwortung für einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst. Um sachgerechte Entscheidungen treffen zu können, müssen Probleme und Herausforderungen auch aus Sicht der Beschäftigten bekannt sein.

Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Studie zum Bildungssystem: Realität anerkennen, ohne alles schlechtzureden

Zu einer von der Telekom-Stiftung in Auftrag gegebenen Allensbach-Studie über die Bewertung des Bildungssystems durch die Bevölkerung sagte der VBE Chef Gerhard Brand am 29. August 2024: „Der Wert von Bildung wird ganz klar erkannt. Viele Menschen priorisieren Bildung deutlich vor anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern.“

Die Verantwortlichen müssten daher verstehen, dass trotz aller politischen Zwänge, Geld in andere Politikbereiche zu investieren, das Bildungssystem nicht zu kurz kommen dürfe. Brandt: „Die Bevölkerung weiß um die Unterfinanzierung und setzt mit den Antworten ganz klare Zeichen zum Umsteuern!“ Gerade bei dem Vergleich der Antworten, was sich die Bevölkerung vom Bildungssystem wünscht und wie ihrer Meinung nach die Realität aussieht, zeigten sich teilweise gravierende Unterschiede, auf die es zu reagieren gelte. Brand: „Gleiche Bildungschancen für Kinder wünschen sich 91 Prozent, aber nur 25 Prozent sehen sie verwirklicht. Das macht uns betroffen, denn wir wissen, dass die hochengagierten Lehrkräfte diese Aufgabe nur deshalb nicht immer angemessen erfüllen können, weil die Strukturen und die Ressourcen nicht adäquat sind.“

Brand weiter: „Wenn etwa 80 Prozent sich eine gute Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln bzw. mit technischem und digitalem Gerät wünschen, aber dies nur 15 bzw. 11 Prozent in

der Realität umgesetzt sehen, lässt das tief blicken. Allerdings hat sich hier in den letzten Jahren, vor allem während der akuten Pandemie, viel getan. Gerade durch die Investitionen des Bundes konnte ein Ausstattungsschub erreicht werden. Hier sind wir in den Schulen weiter, als die Bevölkerung vermutet. Gleichzeitig müssen wir insbesondere auf die Schulen schauen, die nicht einmal einen einzigen Klassensatz an digitalen Endgeräten vorrätig haben. Das sind immer noch 10 Prozent der Schulen, wie eine von uns in Auftrag gegebene forsa-Umfrage unter Schulleitungen Ende des letzten Jahres aufzeigte. Und wenn 71 Prozent der Befragten der Allensbach-Umfrage sagen, dass die Lehrkräfte gut für den Einsatz digitaler Methoden qualifiziert sein sollten, dies aber nur 11 Prozent sehen, deckt sich das nicht mit unseren Zahlen. So sagen 80 Prozent der Schulleitungen, dass mindestens die Hälfte aller Lehrkräfte an ihrer Schule eine Fortbildung gemacht haben. Zudem nutzen viele Kolleginnen und Kollegen ganz selbstverständlich digitale Impulse in ihrem täglichen Methodenmix. Insgesamt ist es notwendig, die Digitalisierung an

Schulen weiter gut zu finanzieren. Dafür braucht es auch Geld des Bundes. Das lässt aber weiter auf sich warten, weil keine Einigung über den Digitalpakt 2.0 in Sicht ist. Es ist unverantwortlich, so mit den Erwartungen der

Schülerinnen und Schüler, der Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen zu spielen.“
